

N i e d e r s c h r i f t

(RevA/001/2025)

über die 1. Sitzung des Revisionsausschusses am Mittwoch, dem 26.03.2025, 16:00 - 19:07 Uhr, Kleiner Sitzungssaal, Rathaus

Der / die Vorsitzende eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Revisionsausschuss genehmigt nach erfolgten Änderungen und Ergänzungen die nachstehende Tagesordnung:

Öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- | | | |
|------|--|------------------------------|
| 1. | Mitteilungen zur Kenntnis | |
| 1.1. | Sachstand zur Prüfung in Amt 66 - Baumaßnahme Martinsbühler Straße der Deutschen Bahn; Kostenanteil der Stadt Erlangen | 14/213/2025
Kenntnisnahme |
| 1.2. | Sachstand zur ämterübergreifenden Prüfung - Aspekte zum elektronischen Rechnungsworkflow; Diverses | 14/214/2025
Kenntnisnahme |
| 1.3. | Sachstand zur Prüfung im EB 77 - Sachgebiet Planung und Neubau (SG 773-1); Zwischenlager | 14/216/2025
Kenntnisnahme |
| 1.4. | Sachstand zur Prüfung in Amt 50 - Sachgebiet SGB XII; Kassenschnittstelle | 14/222/2025
Kenntnisnahme |
| 1.5. | Sachstand zur Prüfung in Amt 51 - Abteilung 513 - Integrierte Beratungsstelle; Zuständigkeit für Erbabwicklungen | 14/223/2025
Kenntnisnahme |
| 1.6. | Sachstand zur örtlichen Prüfung des Jahresabschlusses 2022 der Stadt Erlangen; Hinweis 6 | 14/224/2025
Kenntnisnahme |
| 2. | Örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2023 der Stadt Erlangen | 14/217/2025
Beschluss |
| 3. | Prüfung in Amt 51 - Sachgebiet Infrastrukturmanagement und freie Träger (SG 510-3) - | 14/218/2025
Beschluss |
| 4. | Ämterübergreifende Prüfung - Überlegungen zur Beseitigung von "Störfaktoren der Arbeit" - | 14/219/2025
Beschluss |
| 5. | Prüfung in Amt 66 - Ausgewählte Projekte aus dem Fachbereich Konstruktiver Ingenieurbau (FB 663-1) - | 14/220/2025
Beschluss |

- | | | |
|----|---|--------------------------|
| 6. | Örtliche Prüfung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebs Erlanger
Jobcenter (EJC) für das Wirtschaftsjahr 2023 | 14/221/2025
Beschluss |
| 7. | Anfragen | |

Nicht öffentliche Tagesordnung - 18:45 Uhr

- siehe Anlage –

TOP 1

Mitteilungen zur Kenntnis

TOP 1.1

14/213/2025

Sachstand zur Prüfung in Amt 66 - Baumaßnahme Martinsbühler Straße der Deutschen Bahn; Kostenanteil der Stadt Erlangen

Sachbericht:

Auf Anfrage teilte die Leitung des Amtes 66, Hr. Pfeil, am 05.02.2025 Folgendes mit:

„Leider gibt es auch in diesem Jahr keinen neuen oder belastbaren Sachstand.

Im Rahmen unserer Kommunikation mit der DB Netz AG wurde uns lediglich mitgeteilt, dass die Schlussabrechnung im Jahr 2025 angestrebt wird.

Sobald sich hier konkrete Maßnahmen abzeichnen werden wir Amt 14 informieren.“

Protokollvermerk:

Auf Vorschlag der Ausschussvorsitzenden, Frau Linhart, sprechen sich die Ausschussmitglieder für einen neuen Sachstandsbericht in einem Jahr aus.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 1.2

14/214/2025

Sachstand zur ämterübergreifenden Prüfung - Aspekte zum elektronischen Rechnungsworkflow; Diverses

Sachbericht:

Amt 20 teilt Folgendes mit:

Zu Ziffer 1.3 des Prüfungsberichts:

Es wird auf die folgende Tabelle verwiesen.

Hinweis: Wiederkehrende Anordnungen wurden wie im Prüfungsbericht nicht einberechnet.

Anteil der über den eRWF eingespielten Einzelanordnungen 2024

Debitorenanordnungen Gesamt	Debitorenanordnungen eRWF	Prozentualer Anteil
32.198	27.599	86%
Kreditorenanordnungen Gesamt	Kreditorenanordnungen eRWF	Prozentualer Anteil
54.579	49.358	90%
Anordnungen Gesamt	Anordnungen eRWF	Prozentualer Anteil
86.777	76.957	89%

Zu Ziffer 2.1 des Prüfungsberichts:

In der Praxis haben sich sowohl die im eRWF eingerichteten drei Betragsgrenzen als auch der Wegfall der Unterscheidung zwischen Einnahme- und Auszahlungsanordnung hinsichtlich der Betragsbefugnisse bewährt.

Die Reduzierung auf drei Betragsgrenzen hat zu einer Konzentration der Anordnungsbefugnisse auf Personen geführt, die der Verantwortung, die aus der Anordnungsbefugnis erwächst, gerecht werden können. Wer die Anordnungsbefugnis für Auszahlungen ausübt, kann dies ohne Einschränkungen betragsgleich auf für Einzahlungen tun. Gesonderte Anordnungsbefugnisse für Einzahlungen würden die vom BKPV geforderte Reduzierung der Anordnungsbefugten konterkarieren und im Ergebnis zu einem hohen Administrationsaufwand führen ohne die Effizienz zu steigern. Im Übrigen darf darauf hingewiesen werden, dass jede Anordnung durch die notwendige Feststellung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit ohnehin dem Vier-Augen-Prinzip unterliegt.

Amt 17 teilt Folgendes mit:

Zu 4.1 des Prüfungsberichts:

Update 2025: Im Rahmen der Betriebssystemumstellung auf Windows 11 sowie der Umstellung auf MS365 bis Ende Oktober 2025 durch unseren IT-Dienstleister KommunalBIT prüft dieser gerade die Optionen der Multi-Factor-Authentification (MFA). Momentan können wir die Lösung noch nicht beurteilen. Da wir, wie bisher, großen Wert auf Sicherheit legen, erstellen wir gerade eine Datenschutzfolgeabschätzung und verfolgen weiterhin die Strategie einer MFA-Lösung.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 1.3

14/216/2025

Sachstand zur Prüfung im EB 77 - Sachgebiet Planung und Neubau (SG 773-1); Zwischenlager

Sachbericht:

Amt 66 teilt mit E-Mail vom 21.01.2025 mit, dass es derzeit keinen neuen Sachstand gibt.

Protokollvermerk:

Auf Vorschlag der Ausschussvorsitzenden, Frau Linhart, sprechen sich die Ausschussmitglieder für einen neuen Sachstandsbericht in einem Jahr aus.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 1.4

14/222/2025

Sachstand zur Prüfung in Amt 50 - Sachgebiet SGB XII; Kassenschnittstelle

Sachbericht:

Auf Anfrage teilte die Leitung des Amtes 50, Frau Sobek, am 27.02.2025 Folgendes mit:

„Zum Sachstand von 2024 gibt es grundsätzlich keine Veränderung. Aufgrund von Personalwechsel bei Systemverantwortlichen und Amtsleitung war dieses bis zur Erinnerung durch Amt 14 nicht präsent.

Allerdings haben wir dies zum Anlass genommen und jenen Punkt in die Auflistung zum Haushaltskonsolidierungskonzept Amt 50 genommen, eben mit dem Hinweis, dass dies in Absprache mit Amt 17 und Amt 20 zu erfolgen hat.

Dieser Punkt wurde als gesamtstädtisch erforderlich angesehen und betrifft eben mehrere Kassenschnittstellen auch außerhalb Amt 50. Ich bitte daher dies an Amt 20 heranzutragen.“

Das Revisionsamt wird erneut berichten, sobald es einen neuen Sachstand gibt.

Protokollvermerk:

Auf Vorschlag der Ausschussvorsitzenden, Frau Linhart, sprechen sich die Ausschussmitglieder für einen neuen Sachstandsbericht in einem Jahr aus.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 1.5

14/223/2025

**Sachstand zur Prüfung in Amt 51 - Abteilung 513 - Integrierte Beratungsstelle;
Zuständigkeit für Erbabwicklungen**

Sachbericht:

Es wird auf die ausführliche Darlegung in den Anlagen Sachstandsmitteilung und Protokollvermerk verwiesen.

Protokollvermerk:

Auf Vorschlag der Ausschussvorsitzenden, Fr. Linhart, sprechen sich die Ausschussmitglieder für einen neuen Sachstandsbericht im Herbst 2026 aus.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 1.6

14/224/2025

**Sachstand zur örtlichen Prüfung des Jahresabschlusses 2022 der Stadt Erlangen;
Hinweis 6**

Sachbericht:

In der Sitzung des Revisionsausschusses am 06.03.2024 begrüßten die Ausschussmitglieder die Überprüfungen durch das Personal- und Organisationsamt hinsichtlich der Pensionsrückstellungen (Ziffer 3.9.1, Hinweis 6 des Prüfungsberichtes) und baten um erneute Berichterstattung.

Hierzu kann mitgeteilt werden, dass die Notwendigkeit eines Gremienbeschlusses, einer Freistellungsvereinbarung oder eine Satzungsänderung wie empfohlen geprüft wurde. Eine Notwendigkeit hat sich nach Mitteilung des Personal- und Organisationsamtes jedoch nicht ergeben.

Zur Frage, ob alle zu berücksichtigenden Personen in der Berechnung erfasst wurden, dauern die Überprüfungen noch an. Hierzu wird im Rahmen der Prüfung des städtischen Jahresabschlusses 2024 berichtet werden.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 2

14/217/2025

Örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2023 der Stadt Erlangen

Sachbericht:

Der Jahresabschluss 2023 wurde dem HFGA am 17.07.2024 durch die Stadtkämmerei zur Kenntnis gebracht und offiziell dem Revisionsamt zur Prüfung übergeben. Mit der Vorlage des Prüfungsberichts vom 13.02.2025 über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2023 nahm das Revisionsamt seine Aufgaben nach Art. 103 Abs. 3 der Gemeindeordnung wahr.

Der Prüfungsbericht dient dem Revisionsausschuss als Grundlage zur Beurteilung, ob dem Stadtrat vorgeschlagen werden kann, den Jahresabschluss gemäß Art. 102 Abs. 3 der Gemeindeordnung festzustellen und dem Oberbürgermeister Entlastung zu erteilen.

Protokollvermerk:

Angeichts der aktuellen Haushaltslage bitten die Ausschussmitglieder auf Vorschlag von Fr. Stadtratsmitglied Grille darum, bzgl. der im Haushaltsjahr 2023 abgeschrieben und ausgebuchten Versorgungsrücklage nach Art. 2 BayVersRückLG in Höhe von 5,88 Mio. € in der nächsten Sitzung des Revisionsausschusses das Rechtsgutachten des Rechtsamtes zu diesem Thema zur Verfügung zu stellen.

Zudem bitten die Ausschussmitglieder um eine erneute Einschätzung der Chancen und Risiken hinsichtlich eines Vorgehens im Klagewege gegen den Bayerischen Versorgungsverband mit dem Ziel der Hausausgabe der Versorgungsrücklage in Form einer Übertragung der Anteile am Bayerischen Pensionsfonds.

Ergebnis/Beschluss:

1. Der Revisionsausschuss empfiehlt dem Stadtrat, den Jahresabschluss 2023 der Stadt Erlangen zum 31.12.2023 in der im Prüfungsbericht vom 13.02.2025 abgedruckten Fassung festzustellen.
2. Der Revisionsausschuss empfiehlt dem Stadtrat, dem Oberbürgermeister für das Haushaltsjahr 2023 Entlastung zu erteilen.

Hinweis: Die Beschlussfassung zur Feststellung des Jahresabschlusses und zur Entlastung ist in der Stadtratssitzung am 27.03.2025 vorgesehen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 6 gegen 0

TOP 3

14/218/2025

Prüfung in Amt 51 - Sachgebiet Infrastrukturmanagement und freie Träger (SG 510-3) -

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Beratung und Beschlussfassung im Revisionsausschuss wird der Prüfungsbericht verbindlich. Amt 51 hat keine Stellungnahme abgegeben und damit signalisiert, dass mit den wesentlichen Aussagen im Prüfungsbericht Einverständnis besteht.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die im Prüfungsbericht enthaltenen Prüfungsfeststellungen und -empfehlungen sind von Amt 51 umzusetzen und zu beachten.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Steht im pflichtgemäßen Ermessen von Amt 51.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht des Revisionsamtes vom 03.02.2025 über die Prüfung in Amt 51 - Sachgebiet Infrastrukturmanagement und freie Träger (SG 510-3) - (Nr. 13/2024) wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 6 gegen 0

TOP 4

14/219/2025

Ämterübergreifende Prüfung - Überlegungen zur Beseitigung von "Störfaktoren der Arbeit" -

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Beratung und Beschlussfassung im Revisionsausschuss wird der Prüfungsbericht verbindlich. Die beteiligten Dienststellen haben keine Stellungnahme abgegeben und damit signalisiert, dass mit den wesentlichen Aussagen im Prüfungsbericht Einverständnis besteht.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Prüfungsbericht enthaltenen Prüfungsfeststellungen und -empfehlungen sind von den beteiligten Dienststellen umzusetzen und zu beachten.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Steht im pflichtgemäßen Ermessen der beteiligten Dienststellen.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Protokollvermerk:

Die Ausschussmitglieder bitten darum, den Prüfungsbericht als Mitteilung zur Kenntnis in den HFGA einzubringen.

Sie bitten zudem darum, die Ergebnisse der nächsten Personalbefragung, sobald vorliegend, auch in den Revisionsausschuss einzubringen.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht des Revisionsamtes vom 27.01.2025 über die ämterübergreifende Prüfung - Überlegungen zur Beseitigung von „Störfaktoren der Arbeit“ - (Nr. 14/2024) wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 6 gegen 0

TOP 5

14/220/2025

Prüfung in Amt 66 - Ausgewählte Projekte aus dem Fachbereich Konstruktiver Ingenieurbau (FB 663-1) -

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Beratung und Beschlussfassung im Revisionsausschuss wird der Prüfungsbericht verbindlich. Amt 66 hat keine Stellungnahme abgegeben und damit signalisiert, dass mit den wesentlichen Aussagen im Prüfungsbericht Einverständnis besteht.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die im Prüfungsbericht enthaltenen Prüfungsfeststellungen und -empfehlungen sind von Amt 66 umzusetzen und zu beachten.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Steht im pflichtgemäßen Ermessen von Amt 66.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Protokollvermerk:

Seitens der Leitung des Amtes 66 wurde auf die Notwendigkeit der Überarbeitung der DA- Bau hingewiesen. Dies knüpft an einen identischen Vorschlag von Revisionsamt, Werkleitung EBE und Revisionsausschuss aus der Sitzung am 06.03.2024 an (vgl. Protokollvermerk zum seinerzeitigen TOP 5).

Die Ausschussmitglieder bitten nun darum, in der nächsten Sitzung ein möglichst konkretes Datum mitzuteilen, wann mit der Überarbeitung begonnen wird.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht des Revisionsamtes vom 14.01.2025 über die Prüfung in Amt 66 - Ausgewählte Projekte aus dem Fachbereich Konstruktiver Ingenieurbau (FB 663-1) - (Nr. 04/2024) wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 4 gegen 0

TOP 6

14/221/2025

Örtliche Prüfung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebs Erlanger Jobcenter (EJC) für das Wirtschaftsjahr 2023

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Beratung und Beschlussfassung im Revisionsausschuss wird der Prüfungsbericht verbindlich. Das EJC hat keine Stellungnahme abgegeben und damit signalisiert, dass mit den wesentlichen Aussagen im Prüfungsbericht Einverständnis besteht.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses war innerhalb von 12 Monaten nach Abschluss des Wirtschaftsjahres durchzuführen (Art. 103 Abs. 4 GO).

Mit der Vorlage des Berichts vom 29.01.2025 über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2023 nahm das Revisionsamt seine Aufgabe nach Art. 106 Abs. 3 i. V. m. Art. 103 Abs. 3 GO wahr.

Der Bericht dient dem Revisionsausschuss als Grundlage zur Beurteilung, ob dem Stadtrat vorgeschlagen werden kann, den Jahresabschluss gemäß Art. 102 Abs. 3 GO festzustellen und der Werkleitung Entlastung zu erteilen.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Protokollvermerk:

Die Ausschussmitglieder bitten darum, in der Sitzung des Revisionsausschusses im November 2025 über die Erledigung der Feststellungen zu den Kassenthemen zu berichten.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht des Revisionsamtes vom 29.01.2025 über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebs Erlanger Jobcenter (EJC) für das Wirtschaftsjahr 2023 (Nr. 11/2024) wird zur Kenntnis genommen.

Dem Stadtrat wird vorgeschlagen,

- den Jahresabschluss 2023 gemäß Art. 102 Abs. 3 GO festzustellen und
- der Werkleitung für das Wirtschaftsjahr 2023 Entlastung zu erteilen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 6 gegen 0

TOP 7

Anfragen

Keine

Sitzungsende

am 26.03.2025, 19:07 Uhr

Die Vorsitzende:

.....
Stadträtin
Linhart

Der Schriftführer:

.....
Hamm

Kenntnis genommen

Für die CSU-Fraktion:

Für die SPD-Fraktion:

Für die Grüne/Grüne Liste-Fraktion:

Für die ödp-Fraktion:

Für die Ausschussgemeinschaft FDP/FWG: